



Grün sticht

Informationen der Röthenbacher Grünen

Ausgabe 2004

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach der Erstausgabe vom Oktober 2003 halten Sie nun wieder unsere Informationsschrift „Grün sticht!“ in den Händen. In diesem einen Jahr ist in Röthenbach viel passiert. Besonders der am Anfang des Jahres bekannt gewordene Finanzskandal hat hohe Wellen geschlagen; nicht zuletzt, weil das Ergebnis des unabhängigen Prüfers über Monate geheim gehalten worden war. Die aufwändige Aufarbeitung dauert noch immer an. In einem ausführlichen Bericht gehen wir nochmals auf dieses Thema ein. Die nicht eingetragenen Forderungen in Millionenhöhe haben sich auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen bemerkbar gemacht. Im Haushaltsentwurf klaffte eine Lücke von über vier Millionen Euro, die nur mit viel Mühe und einem kräftigen Griff in die Rücklagen geschlossen werden konnte. Doch auch die Südumgehung, das Engagement gegen einen Mobilfunkmast in Haimendorf, das geplante Energiecontracting oder jüngst die Diskussionen über die Errichtung eines türkisch-islamischen Gemeindezentrums waren herausragende Themen, die uns Grüne in den vergangenen zwölf Monaten intensiv beschäftigt haben. Hierzu zähle ich auch die Europawahl im Juni, bei der wir in Röthenbach mit sensationellen 11,7% unser bestes Ergebnis überhaupt erzielen konnten. In Haimendorf überholten wir sogar die SPD und wurden zweitstärkste Partei! Für dieses Vertrauen in grüne Politik möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bedanken.

Ihr Thimeo Graf

Finanzskandal erschüttert Röthenbach

Im Februar 2004 wurde der Öffentlichkeit durch einen Zeitungsbericht bekannt, dass im Rathaus über Jahre hinweg Steuern und Abgaben in Millionenhöhe nicht eingetrieben wurden. Betroffen waren 20 Prozent aller Steuerobjekte in Röthenbach; die meisten Außenstände entfielen dabei auf die Gewerbesteuer. Doch auch ausstehende Grundsteuern, Mieten und Pachten oder Ergänzungsbeiträge wurden nicht angemahnt. Die meisten Stadträte wurden auch nachdem die Missstände auffielen ein ganzes Jahr lang über die Vorgänge im Dunkeln gelassen und erfuhren erst Anfang 2004 von dem Skandal.

„Die Mandatsträger sind der Bevölkerung und nicht Parteien oder Fraktionen verpflichtet.“ Dieser Satz findet sich in einem Eilantrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Februar 2004 zum Finanzskandal. Hintergrund ist die erschreckende Tatsache, dass der neutrale Prü-

fungsbericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands über Monate hinweg unter Verschluss gehalten und schließlich nur den Fraktionsvorsitzenden und Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses zugestellt worden war. Unser Stadtrat Thimeo Graf erfuhr erst am



Krötenwanderung in Röthenbach

5. Februar 2004 durch einen entsprechenden Antrag der CSU von den Missständen, obwohl dem Ersten Bürgermeister die gravierenden Mängel spätestens seit dem 11. März 2003 (!) bekannt waren.

Doch nicht nur im jüngsten Fall wurde mit einem überörtlichen Prüfungsbericht unsachgemäß verfahren. Auch „ältere“ Prüfungsberichte wurden bis heute teilweise nicht abgearbeitet. Für die Jahre 1988-1995 hat der Stadtrat den jeweiligen Bürgermeistern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

noch immer **keine Entlastung** erteilt! Obwohl die Kommunalaufsicht diesen Mangel in der Vergangenheit mehrmals bei der Stadt angemahnt hat, hielt es offensichtlich weder der heutige Bürgermeister noch einer seiner Amtsvorgänger für notwendig, aktiv zu werden. Von unserem Stadtrat Thiemo Graf in der Sitzung am 9. März darauf angesprochen, musste der Erste Bürgermeister die Fehler eingestehen. Auf eine schlüssige Erklärung wartet die Öffentlichkeit bis heute.

Antrag auf öffentliche Sitzung

Besagte Stadtratssitzung vier Wochen nach bekannt werden des Skandals war die erste öffentliche Sitzung zu diesem Thema – entsprechend riesig war das Interesse der Bevölkerung, die zu Recht endlich „aus erster Hand“ Informationen einforderte. In den Wochen zuvor hatten die Bündnisgrünen mit Hilfe eines entsprechenden Antrages versucht, Teile des Prüfungsberichts in einer öffentlichen Sitzung behandeln zu lassen.

In einem Wortbeitrag wies Grünen-Stadtrat Thiemo Graf darauf hin, dass nun auch ein Kurswechsel in der Informationspolitik erfolgen müsse. „Nur wenn die Versäumnisse offen, offensiv und lückenlos aufgearbeitet werden und strukturelle Konsequenzen erfolgen, ist es möglich, Vertrauen zurück zu gewinnen.“ Es sei jedoch schädlich, wenn ein führendes SPD-Mitglied in aller Öffentlichkeit die Haltung vertritt, es wäre müßig die Schuldigen zu suchen. „Das entspricht nicht meiner Vorstellung von vollständiger Aufarbeitung, sondern riecht eher nach dem Versuch, von eigenen Fehlern abzulenken.“

Darüber hinaus erinnerte er den Ersten Bürgermeister an seine Fürsorgepflicht gegenüber den städtischen Mitarbeitern. Diese stünden derzeit unter Generalverdacht und würden häufig mit den Verantwortlichen in einen Topf geworfen, obwohl sie an den Verfehlungen nicht schuld sind. „Wenn mir ein Mitarbeiter, der mit der Stadtkasse rein gar nichts zu tun hat, sagt, dass er auf den Finanzskandal angesprochen wird und sich rechtfertigen muss, dann besteht Handlungsbedarf.“

Noch immer fehlen 1,8 Mio. EURO

Bis heute ist noch nicht klar, welcher finanzielle Schaden den Bürgern tatsächlich entstanden ist. Seit einer personellen Umbesetzung wird in der verantwortlichen Stelle im Rathaus an der Aufarbeitung des über Jahre angewachsenen Chaos gearbeitet. Der letzte Zwischenbericht

von Ende Juli listet noch immer Außenstände von rd. 1,8 Millionen EURO auf, die aus den verschiedensten Gründen noch nicht eingetrieben werden konnten. Es steht zu befürchten, dass ein großer Teil durch Verjährung, Insolvenz und andere Gründe für die Stadt und ihre Bürger endgültig verloren ist.

Auch örtliche Prüfung blieb über Monate ohne Konsequenzen!

„Im übrigen ist die Kassenführung vor allem örtlich zu überwachen und zu prüfen.“

Dieser mahnende Satz aus dem überörtlichen Prüfungsbericht ist von vielen Röthenbacher Kommunalpolitikern anscheinend überlesen worden. Denn nachdem das vernichtende Ergebnis des Berichts bekannt wurde, konzentrierte sich die Kritik ausschließlich auf die Verursacher in der Stadtverwaltung. Ein Mantel des Schweigens hüllte sich dagegen um die Frage, welche Verantwortung die politische Führung trägt. Der Stadtrat beruft zu Beginn jeder Legislaturperiode drei seiner Mitglieder (zwei der SPD, einen von der CSU) in den Rechnungsprüfungsausschuss, der die örtliche Prüfung regelmäßig durchzuführen und Verfehlungen festzustellen hat. Und dieses geheim tagende Gremium (Mitgliedern von Freien Wählern und Grünen wurde die

Teilnahme mit Hinweis auf die Vertraulichkeit verweigert) hatte bereits vor dem Bericht des unabhängigen Prüfers bei einer routinemäßigen Kontrolle einige der Missstände festgestellt. Konsequenzen, die nun dringend erforderlich gewesen wären, blieben jedoch nachweislich aus. Es wäre Aufgabe des Bürgermeisters gewesen, Konsequenzen aus den örtlichen Prüfungsergebnissen zu ziehen.

In Zukunft wird eine Kontrolle der Ausschussarbeit für Bündnis 90/Die Grünen ein wenig leichter werden. Zwar dürfen wir auch weiterhin nicht in dem Gremium mitarbeiten, unsere Forderung zu den Sitzungen eingeladen zu werden und als Zuhörer teilnehmen zu dürfen musste die SPD jedoch erfüllen. Die Kommunalaufsicht im Landratsamt hatte festgestellt, dass der völlige Ausschluss von Freien Wählern und Bündnisgrünen rechtswidrig war. Wir bleiben dran.

Position beziehen, SPD!

Kommentar

Das Gemeindezentrum der türkisch-islamischen Gemeinde in der Wiesenstraße ist zu klein, deshalb ist ein Neubau an anderer Stelle geplant – und Röthenbach ist in Aufruhr. Seit Jahren sind die Gläubigen auf der Suche nach einem neuen Standort in unserer Mitte, bisher vergeblich. Weil sie keine andere Alternative sehen ihren Wunsch zu verwirklichen sind sie nun inzwischen auch bereit, in das abgelegene Gewerbegebiet Mühlach zu gehen – um feststellen zu müssen, dass sie nicht einmal dort erwünscht sind. Es hat schon einen faden Beigeschmack, wenn Andersgläubige, die lediglich einen Versammlungsort für ihr friedliches Gebet suchen, nicht vorurteilsfrei behandelt werden. Ganz anders sieht es aber bereits aus, wenn sich

die Parteien nicht trauen, Farbe zu bekennen und sich den geäußerten Vorurteilen deutlich entgegen zu stellen. Die Volksvertreter müssen die „Stimme des Volkes“ hören, ja; wo dies aber zu Lasten von Mitmenschen geht, müssen sie ihren vorhandenen Einfluss nutzen um zu überzeugen, Vorurteile abzubauen und auch meinungsbildend zu wirken. Sich mit Blick auf die nächsten Wahlen stromlinienförmig zu verhalten und sich zu scheuen, klare, ehrliche Meinungen offen zu vertreten, ist nicht nur politisch unverantwortlich, sondern wird auf Dauer auch vom Wähler nicht honoriert. Die Bürgerinnen und Bürger wollen von ihren Politikern zu Recht wissen, woran sie sind. Klare Positionen sind angesagt, liebe SPD!
Thiemo Graf

Südümgehung:

Entscheidung zwischen Pest und Cholera

Seit mittlerweile gut 20 Jahren plant die Stadt Röthenbach eine beschönigend als „Industrieentlastungsstraße“ bezeichnete Südümgehung. Vor Kurzem geriet das Projekt wieder in die Diskussion.

Das sehen die aktuellen Planungen vor:

Von Schwaig kommend wird etwa in Höhe des OBI-Marktes ein Kreisverkehr mit mächtigen Stützmauern gebaut, der 3,5 Meter unter dem bisherigen Straßenniveau liegt. Dazu muss auf einer Länge von rund 250 Metern massiv Erdreich ausgehoben werden. Die Tieferlegung des kompletten Kreisverkehrs samt Rampen in alle Richtungen (Umfang wie in der Renzenhofer Straße!) ist vorgesehen, damit auch hohe Fahrzeuge die S-Bahn-Linie unterqueren können. Von hier aus führt die Straße südlich des Bahnhofs zur Fischbachstraße und schließlich zum bereits fertig gestellten Kreisverkehr an der Renzenhofer Straße.

Weshalb soll eine Südümgehung gebaut werden?

1. Die Umgehungsstraße soll die Hauptstraße im Berufsverkehr entlasten, indem sie den Verkehr umleitet. Wir Grünen können uns jedoch nicht vorstellen, dass die aus Schwaig kommenden Autofahrer sich Richtung Lauf über Renzenhof umleiten lassen.

2. Erschließung eines neuen Gewerbegebietes entlang der Umgehungsstraße. In den bestehenden Gewerbegebieten „Mühlach“ und „Am Gewerbepark“, deren Erschließung viel Geld gekostet hat, liegen noch immer knapp 50.000 Quadratmeter nicht vermarktete Gewerbeflächen brach. Zudem sind große Teile der vorgesehenen neuen Fläche mit Altlasten verseucht. Diese ungelöste Problematik birgt für Röthenbach unkalkulierbare finanzielle Risiken. Und mal ehrlich: welcher Unternehmer erwirbt ein schwer belastetes Grundstück mit all seinen Risiken? Zumal wenn er bei Gewerbeflächen die freie Auswahl hat: Im Landkreis stehen 108 Hektar freie Gewerbefläche zur Verfügung.

3. Errichtung eines Park-and-Ride-Platzes südlich der Bahnlinie, der über die Südümgehung angefahren werden kann. Auch wir Grünen sehen das Erfordernis, am Bahnhof mehr P+R-Parkplätze zu schaffen und damit das umweltschonende Verkehrsmittel „Bahn“ zu fördern. Zwischen der Bahnlinie und der bestehenden Hauptstraße sind jedoch ausreichend Flächen für einen Pendlerparkplatz vorhanden.



Mitglieder des Grünen Ortsverbands bei der Ortsbesichtigung auf dem südlichen Bahngelände

Darüber hinaus sehen wir durch den massiven Eingriff, den ein „versenkter“ Kreisverkehr – noch dazu in dieser Größe – mit sich bringen würde, eine nicht vertretbare Verschandelung unseres Ortsbildes. Ein „Loch“ hinter dem Ortseingang ist nicht das, was wir uns für Röthenbach wünschen.

Was kostet den Steuerzahler eine Südümgehung in Röthenbach?

Im Investitionsplan der Stadt sind bis 2007 zwei Millionen Euro veranschlagt. Die restlichen Mittel (max. 80 Prozent der Gesamtkosten) werden durch Fördermittel zur Verfügung gestellt. Leider wird im Stadtrat an dieser Stelle oft vergessen, dass auch dies Steuergelder sind, die wir verpulvern.

Ärgerlich ist, dass die Stadt Röthenbach wohl nicht ohne erheblichen finanziellen Schaden aus dem Projekt aussteigen kann. Der bereits gebaute Kreisverkehr in der Renzenhofer Straße ist ein Kind der Südümgehung. Da sich die Planungen bereits seit Jahrzehnten hinzogen und die Streichung von Fördermitteln drohte, wurde mit dem Bau des Kreisverkehrs begonnen. Sollte nun nicht weitergebaut werden, muss die Stadt wohl die geflossenen Fördermittel von knapp 740.000 EURO zurückzahlen. Dank der unklaren Politik der letzten Jahre haben wir heute die Entscheidung zwischen Pest und Cholera.

Den Haushalt abgelehnt

Der Haushalt der Stadt Röthenbach für das Jahr 2004 wurde am 29. April gegen die Stimme von Bündnis 90/Die Grünen vom Stadtrat verabschiedet.

Besonders die Planungen für eine mehrere Millionen EURO teure Südümgehung, die passive Standortpolitik Röthenbachs sowie falsche Entscheidungen in der Umweltpolitik machten es uns trotz einiger positiver Aspekte unmöglich, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen. Unsere Haushaltsrede können Sie auf unseren Internetseiten abrufen:

www.gruene.de/roethenbach

Grüner Erfolg: Energiecontracting entlastet Haushalt und Umwelt gleichermaßen

Der Stadtrat hat nun einstimmig den Weg für eine weitere Senkung der Energiekosten in städtischen Gebäuden frei gemacht. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2003 hatten Bündnis 90/Die Grünen mit Antrag vom 12. Februar 2003 gefordert, die Möglichkeiten für ein so genanntes „Energiecontracting“ auszuloten. Bei diesem Modell übernimmt der Vertragspartner der Stadt die erforderlichen Investitionen bei kommunalen Einrichtungen mit dem Ziel, den Energieverbrauch deutlich zu reduzieren. Abhängig von den örtlichen Gegebenheiten sind Einsparungen von bis zu 30 Prozent realistisch.

Die Finanzmittel des Investors refinanzieren sich durch die eingesparten Energiekosten selbst, da die Stadt weiterhin ihre bisherigen Aufwendungen leistet. Röthenbach spart sich während der rund 12-jährigen Vertragslaufzeit nicht nur die hohen Investitionskosten (z.B. für die Erneuerung von alten Heizkesseln), sondern profitiert zusätzlich

von der kostenlosen Energieberatung bzw. Betreuung der Anlagen durch den Partner. Am Ende der Laufzeit gehen die modernisierten Anlagen automatisch in das Eigentum der Stadt über. Ablösezahlungen fallen nicht an.

Das grüne Wunder von Bayern Während die CSU im schwarzen Freistaat wieder einmal gewinnt, macht die Ökopartei der schwachen Alpen-SPD Platz zwei streitig

Unter dieser Überschrift berichtete das Magazin Fokus über die Europawahl u.a.: „Die Wähler hatten die Alpen-Grünen, die bisher stets mit der Fünf-Prozent-Hürde kämpften, auf sensationelle 11,7 Prozent katapultiert – und deren Ergebnis der letzten Europawahl nahezu verdoppelt. Mehr noch: In München und dem prosperierenden Speckgürtel um die Landeshauptstadt wurde die Ökopartei zweitstärkste Kraft und verdrängte die unbeliebten Sozialdemokraten auf Platz drei... Die CSU müsse sich nun verstärkt mit dem grünen Teil der Bundesregierung auseinandersetzen, gab Stoiber am Tag danach seinen Vorstandskollegen die neue Strategie vor...“

Mobilfunkmast im eigenen Haus?

Die Bürger und Bürgerinnen Haimendorfs wehren sich gegen einen geplanten Mobilfunkmast der Firma e-plus im Landschaftsschutzgebiet. Wir Grünen unterstützen sie darin. Zu einer Informationsveranstaltung mit Frau Helga Krause, einer Expertin des Bund Naturschutz konnten wir viele Interessierte, darunter viele Haimendorfer, begrüßen.

Funkanlagen werden in rasantem Tempo ausgebaut. Von einem „Wettrennen der Mobilfunkbetreiber“ ist bereits die Rede. Zehntausende von stationären Sendern sind für den Ausbau der Mobilfunknetze nötig. Damit werden elektromagnetische Felder mit gepulster Strahlung zu einer flächendeckenden Erscheinung, der alle Bürger mehr oder weniger stark ausgesetzt sind.

Verteidiger des Mobilfunks werfen den Gegnern Technikfeindlichkeit und Panikmache vor. Bisher gebe es keine Beweise, dass Mobilfunk gesundheitliche Beeinträchtigungen hervorrufe. Eine Diskussionsteilnehmerin erinnerte an die Zeit, als in den Schuhgeschäften noch Kinderfüße „durchleuchtet“, wurden. Auch diese Strahlenbelastung hielt man damals für absolut harmlos.

Worüber sich aber die wenigsten Verbraucher im Klaren sind, machte Frau Krause deutlich: Auch die digitalen Schnurlostelefone nach DECT-Standard, wie sie fast in jedem Haushalt, aber auch in vielen Kindergärten zu finden sind, „strahlen“: Die Basisstationen von DECT-Telefonen sind Dauersender, die auch funken, wenn nicht telefoniert wird. Im Fall dieser Telefone empfiehlt das Bundesamt für Strahlenschutz: Daueraufenthalt in unmittelbarer Nähe zur Basisstation zu vermeiden und sie nicht ins Kinder- oder Schlafzimmer zu stellen. Alternativen sind Schnurlostelefone nach dem CT 1 Standard. Wer sich genauer informieren möchte, findet einen ausführlichen Bericht im Februar-Heft von „Ökotest“ oder im Internet unter: www.oekotest.de.

Volksbegehren: Aus Liebe zum Wald



Waldwanderung mit Förster Reingruber im Rückersdorfer Forst

Wir Röthenbacher Grünen unterstützen den Bund Naturschutz bei seinem **Volksbegehren** gegen die Forstreform der Bayerischen Staatsregierung. Schon im Sommer haben wir mitgeholfen, die erste Hürde zu nehmen, 25.000 Unterschriften in ganz Bayern waren dafür nötig. Aber weit über 100.000 Menschen haben unterschrieben!!

Ziel des Volksbegehrens ist es, Bayerns schöne und lebendige Mischwälder vor dem Umbau zu eintönigen und naturfernen Monokulturen zu bewahren. Dafür müssen sich im Zeitraum vom **16. bis 29. November** mindestens 900.000 BürgerInnen bei ihren Gemeinden eintragen. Die Listen liegen im Rathaus aus. Beachten Sie die aktuellen Presseberichte.